

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Ercheint 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger u. a. ausm. Vertretungen frei. Das Quart monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M., ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rixdahlstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Rhoden 30 Pf., Neblamzettel 1.35 M.; außerhalb 36 Pf., Neblamzettel 1.75 M. Seitenpreise u. Rabat laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 228

Samstag, 17. Mai 1919.

73. Jahrgang.

Ämtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Samstag, den 17. Mai wird um 2 Uhr nachmittags in dem Gebäude Hauptstraße 23 in Höchst von der französischen Militärverwaltung aus eine öffentliche Versteigerung stattfinden.

Schokolade, Cacao, Kaffee, Butter, Stärke, Weis, usw., 200 Stück Kernseife, Toilettenseife, 2000 Zigarren, 200 Schachteln Zigaretten, Stoffe, wertvolle Damenkleider in Seide, Seide, 2 wunderbare Nähmaschinen, Kurzwaren, Schuhe usw.

Alle deutschen Zivilpersonen werden hiermit eingeladen, dieser vorteilhaften Versteigerung beizuwohnen.

Der militärische Kreisverwalter.

Programm für die Rennen am 18. und 19. Mai.

Sonntag, 18. Mai:

12 Uhr — Wettbewerb der einzelnen Trompeter-Corps. Jedes Corps wird einen Marsch oder eine Fanfare blasen.

- | | |
|--------------------|----------|
| 1. Preis | 200 Frs. |
| 2. „ | 100 „ |
| 3. „ | 50 „ |

14 Uhr — Hindernis-Rennen für Einzelne (für französische Offiziere reserviert, 1800 Meter und ca. 20 Hindernisse). Wenn die Anmeldungen zu zahlreich sind, wird dies Rennen schon um 10 Uhr beginnen.

- | | |
|--------------------|----------|
| 1. Preis | 500 Frs. |
| 2. „ | 300 „ |
| 3. „ | 250 „ |
| 4. „ | 200 „ |
| 5. „ | 150 „ |

17 Uhr 30 — Fantasia (ausgeführt vom 1. Reat. Spahis).

Montag, 19. Mai:

8 Uhr 30 — Vorführung der Armeepferde für den Wettbewerb.

14 Uhr — Hindernis-Rennen für Unteroffiziere (Unteroffiziere, 1000 Meter und ca. 15 Hindernisse).

- | | |
|--------------------|----------|
| 1. Preis | 300 Frs. |
| 2. „ | 200 „ |
| 3. „ | 150 „ |
| 4. „ | 100 „ |

17 Uhr — Wettbewerb für Wagen der Maschinengewehr-Abteilungen der Kavallerie.

- | | |
|--------------------|----------|
| 1. Preis | 200 Frs. |
| 2. „ | 100 „ |
| 3. „ | 50 „ |

Der Ablehnungsturm in Deutschland.

Eine Volksbewegung, die in ihrer inneren Tiefe und äußeren Leidenschaftlichkeit an die Erhebung von 1813 erinnert, hat im ganzen Osten Deutschlands gegen die Ablehnungsabstimmung eingekehrt. Ein Sturmwind geht durch das Land; das Volk fordert in Massenkundgebungen Befreiung, um sich bis zum letzten Blutstropfen gegen die Unterwerfung deutschen Landes zur Wehr zu setzen. Widerwärtige Versammlungen, an denen stets die gesamte deutsche Bevölkerung teilnimmt, jenden Resolutionen über Resolutionen an die deutsche Regierung, an Wilson, an die Zentralen usw., um das Gewissen der Welt zu wecken gegen die gewalttätige Abtrennung von Landestellen, die in der weitaus größeren Zahl von deutscher Bevölkerung bewohnt sind. Vereinigungen, Kirchengemeinden, wirtschaftliche, berufliche und politische Verbände, alles, was deutsch empfindet und die wirtschaftliche Blüte der Damar erhalten wissen will — und darunter sind auch tausende und abertausende deutscher Einwohner —, schließen sich den Kundgebungen an. Aber nicht nur im bedrohten Osten, sondern auch in Nord- und Mitteldeutschland sowie im Süden, in Baden, Württemberg und Bayern hat die Befreiung der Entente-Verhandlungen einen Sturm hervorgerufen, wie aus Meldungen über zahlreiche Protestversammlungen hervorgeht. Alle Einzelregierungen haben sich mit der Reichsregierung verbunden erklärt und rufen das Volk in flammenden Kundgebungen zur Ablehnung auf. In vielen tausenden von Massenversammlungen sprechen sich die Deutschen gegen die Bedingungen des Friedensvertrags aus, und insbesondere die Arbeiterklasse protestiert laut gegen den Vertrag, wie er jetzt vorliegt.

Einsig die Spartakusleute und die Unabhängigen sind für die Unterzeichnung; Däumig, Gause, Hoffmann und Genossen suchen ihren Anhängern weislich zu machen, daß man unter allen Umständen unterzeichnen müsse. Das Blatt der Unabhängigen, die „Freiheit“, bringt es sogar fertig, das Urteil im Liebknecht-Prozess mit den Friedensverhandlungen in Verbindung zu bringen. Sie schreibt dabei:

Wie wird dieses Urteil auf den Verlauf der Friedensverhandlungen wirken? Das Proletariat in den Entente-

ländern wird mit Entsetzen sehen, daß der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ungeahnt bleiben soll, jener beiden, die nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, sondern der Arbeiterklasse der ganzen Welt angehört. Die Bourgeoisie der Alliierten aber wird behaupten können, daß der deutsche Militarismus frecher als je sich geberdet und darum dem deutschen Volke die härtesten Bedingungen auferlegt werden müssen.

Es wird dazu folgende halbamtliche Äußerung verbreitet: „Es verdient festgehalten zu werden, daß noch nie eine deutsche Zeitung unseren Gegnern schamlosere Argumente zu ihrem Vorgehen nahegelegt, als die „Freiheit“. Sie liefert der Bourgeoisie der Alliierten Waffen gegen das eigene Volk, und dazu Waffen, deren lächerlicher Charakter ihr aufs genaueste bekannt ist, und das alles, um politisch ihr Geschäft zu machen! Die Regierung ließ dem Liebknecht-Prozess seinen rechtmäßigen Verlauf, ohne auch nur im geringsten für oder wider Stellung zu nehmen. Ihr liegt nun die verfassungsmäßige Aufgabe ob, das gesprochene Urteil zu bestätigen oder nicht zu bestätigen. Falls sie sich zu einer Verweigerung der Bestätigung entschließen sollte, liegt der Grund nicht darin, daß bei dem Zustandekommen des Urteils etwas Unrechtmäßiges mitgewirkt hat, sondern weil sie jede Möglichkeit auszunutzen sehen will, noch Ungeklärtes zu klären und noch nicht festgestellte Schuld festzustellen.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, offenbar im amtlichen Auftrag, unter der Überschrift: „Kein Umschlag, keine Krise“: „Seit einigen Tagen erscheinen Veröffentlichungen, die in der Friedensfrage einen Umschlag der Regierung vorgeben und auch offenbar Kombinationen über Gegenstände innerhalb des Kabinetts daran knüpfen. Das hieße Gerüchte haften lassen, sollte eigentlich jedem von vornherein klar sein, der die bisherige Entwicklung der Friedensverhandlungen im Auge behält. Voran die vom gesamten Berliner Kabinett abgegebenen Richtlinien der Versäiler Delegation hingen, dafür legte Scheidemann in seiner Rede in der Nationalversammlung vor dem deutschen Volk und der Welt ein unabweisbares Bekenntnis ab. Die Bedingungen, wie sie der Entwurf von Versailles enthält, sind für Deutschland unannehmbar. Aufgabe der Regierung und der Parteien ist es, zusammenzutreten in dem Bemühen, Änderungen herbeizuführen, die es akzeptieren würden, der Welt endlich den so dringend notwendigen Frieden zu geben. Die Grundlagen für die Verhandlungen sind und bleiben die Punkte Wilsons. Welchen Erfolg sie haben werden, ist noch nicht abzusehen. Das eine ist jedoch sicher, daß in der deutschen Öffentlichkeit alles vermieden werden sollte, was die Gleichgültigkeit der Regierung und des Volkes als irgendwie beeinträchtigt auch nur erscheinen lassen könnte.“

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von ausländischer Seite hört, betonte der Reichsminister Preuß am Donnerstag noch einmal, daß die Reichsregierung den Friedensvertrag in der vorliegenden Form unter keinen Umständen unterzeichnen werde. Dr. Preuß rechnet im Falle des Scheiterns der Friedensverhandlungen mit einer Verschärfung der Hungerblockade und damit auch mit dem Wiedereintreten größerer Unruhen. Werde aber der Vertrag in der vorliegenden Fassung unterzeichnet, erklärte Dr. Preuß, so würde ein noch viel größerer Chaos entstehen, da Millionen Deutscher infolge des Ruins von Industrie und Handel brotlos würden. Die Wirkungen im Falle der Unterzeichnung der Bedingungen würden also nicht anders sein als im Falle der Nichtunterzeichnung. Die Unterzeichnung hätte aber den großen Nachteil, daß durch sie dem Deutschen Reiche die Hände gegenüber der Entente gebunden würden, während im anderen Falle Verpflichtungen nicht übernommen würden. Die Hoffnung der Entente auf die Unabhängigen sei eine Seifenblase. Nämlich die Unabhängigen aus Nord, so komme damit auch das Chaos und der Bolschewismus nach Deutschland. Damit sei der Entente auch nicht gedient; denn sie würde von einem chaotischen Deutschland irgendwelche Friedensbedingungen nicht zu erwarten haben. Im wohlverstandenen Interesse der Entente liege es daher, daß die jetzige Regierung am Ruder bleibe. Sie werde aber nur dann die Gespräche weiterführen, wenn die Entente zum Wilsonschen Programm zurückkehre und den Friedensvertrag so akzeptiere, daß er den deutschen Lebensbedingungen gerecht werde.

Die Zwangsmaßnahmen im Falle der Ablehnung.

Die Frist, welche die Entente der deutschen Delegation gestellt hat, um ihre Einwendungen gegen die Friedensbedingungen zu machen, läuft Mitte der nächsten Woche ab. Der „Vorwärts“ wirft nun die Frage auf, was nach dem Ablauf dieser Frist zu erwarten ist. Wird nicht unterzeichnet, so sind die Friedensverhandlungen und ist auch der Waffenstillstand vorläufig beendet. Zwischen Deutschland und den siebenundzwanzig Verbündeten tritt formell wieder der Kriegszustand ein. Es ist notwendig, dem sich daraus ergebenden Zustand ohne Illusionen entgegenzutreten. Da die polnische und die tschecho-slowakische Republik in die Reihe unserer Gegner mit eintreten, ist Deutschland diesmal, nach seiner fast vollständigen Entwaffnung, buchstäblich auf allen Seiten von Feinden umgeben. Es steht dann in einem „Arlec“, den es mit militärischen Mitteln nicht gewinnen kann. Der Kampf, den Deutschland zu führen haben wird, könnte deshalb nur noch ein politisch-moralischer sein, und es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß wir nicht um einen militärischen Sieg kämpfen, sondern nur um Gerechtigkeit und Vernunft und um das Selbstbestimmungsrecht auch unseres Volkes. Nichts ist heute gefährlicher, so schließt der

„Vorwärts“, als die falsche Einschätzung gegebener Kräfteverhältnisse, die Nahrung falscher Hoffnungen, denen die Enttäuschung notwendig folgen muß. Wir haben keine andere Waffe als unser Recht.

Die Donnerstag-Sitzung des Obersten Kriegsrats endete, wie aus Paris gemeldet wird, mit dem Beschluß, daß die militärischen Operationen gegenüber einer Weigerung Deutschlands, die Bedingungen des Vertrags zu erfüllen, sofort aufgenommen werden können. Aus eingeweihten Kreisen berichtet man, daß die nächste Besetzung deutschen Gebiets Süddeutschland gelte, wodurch die Verbindung Deutschlands mit der Schweiz ausgeschaltet wird. Nach Ansicht dieser Kreise erwartet man die Entscheidung in Paris im Laufe der nächsten Woche etwa dadurch, daß die Alliierten den Rotenwechsel mit der deutschen Delegation abbrechen und ein Ultimatum stellen.

Die „Morning Post“ meldet aus Paris, die Unterkommission der Alliiertenkonferenz hat zu den bisherigen deutschen Gegenanträgen Entschlossenheiten abgegeben, die auf eine Ablehnung der deutschen Gegenanträge hinauslaufen. Aus Paris wird berichtet, Blätter melden, daß Wilson entschlossen ist, jede neue Konzeption an die Deutschen zu vermeiden. Die Frist für die Unterzeichnung des Friedens vom Augenblick der Ueberreichung der Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenanträge wird auf acht Tage festgesetzt.

Havas meldet: Marshall Foch ist am Donnerstag Vormittag nach dem Hauptquartier der Alliierten abgereist, um die sofortige Durchführung der Zwangsmaßnahmen vorzubereiten, die im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland zur Anwendung kommen sollen.

Polens Absichten auf deutsche Handelschiffe.

Neuter meldet: Der Rat der auswärtigen Minister wies das Ersuchen der polnischen Regierung um Anweisung eines Teiles der deutschen Handelsflotte ab.

Jetzt ein Generalkrieg?

In der Stadtverordnetenversammlung in Elberfeld machte bei der Besprechung der Gewerkschaften für die unabhängige Gewerkschaftssekretär Busch die aufsehenerregende Mitteilung, daß in den nächsten Tagen wieder ein Generalkrieg der Metallarbeiter und Bergleute zu erwarten sei.

Aufruhr in Stettin.

Aus Stettin meldet das Wolffsche Büro: Zum Schutze eines Dampfers, der seines Inhalts beraubt worden war, war am Donnerstag eine militärische Schutzwache bestellt worden. Auf der andern Seite der Oder versammelte sich darauf eine erregte Menge. Als die Wachmannschaften abgelöst wurden, verhielt man sich die Gewehre zu entfeuern. Die Soldaten feuerten, wodurch ein 15-jähriger Junge durch einen Bauchschuß tödlich verletzt wurde. Der Menge bemächtigte sich eine große Erregung. Ein über die Hansabridge fahrendes Militärauto, das halten wollte, wurde seines Inhalts, Militärgepäck, beraubt. Andere Leute holten sich aus der Scheidehofstraße Waffen und Munition. Gegen 3 Uhr rückte die Wache ab. Auf der Brücke löste sie sich auf, die Soldaten warfen die Gewehre weg und liefen davon. Die Menge ergriß die Gewehre und feuerte hinter den Soldaten drein. Dann wurden die in der Nähe der Hansabridge liegenden Häuser nach geflüchteten Soldaten durchsucht, von denen auch einzelne gefunden und abgeführt wurden. Gegen 4 Uhr nachmittags kamen von der Oberstadt Regimentsstruppen und säuberten die Straßen unter fortwährendem Feuern. Ein Mann, der auf die Truppen schoß und auf den Ruf „Halt!“ nicht hörte, wurde niedergeschossen. Dann wurden Verhandlungen eingeleitet, als deren Ergebnis die Soldaten die Waffen niederlegten und abrückten. In der Oberstadt soll es ebenfalls zu schweren Straßenkämpfen gekommen sein, doch sind nähere Einzelheiten noch nicht bekannt. Ansonsten wird die Grenadier-Kaserne beschossen. Das Feuer wird von ihnen erwidert. Die Unterstadt ist zurzeit ruhig.

Im Laufe des Nachmittags wurden in vielen Geschäften der Stadt Plünderungen verübt. Das Inkassogefängnis in der Elbdeichstraße wurde gestürmt. Ebenso wurden die von den Regimentsstruppen in den Hauptwachen untergebrachten Gefangenen aus den Straßenkämpfen gewaltsam befreit. Gegen Abend wurde der Bahnhof besetzt, weil das Gerücht verbreitet war, daß von außerhalb Regimentsstruppen herangezogen würden. Die Behörden trafen Maßnahmen, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die Vertreter der Arbeiterklasse legen den größten Wert auf die Feststellung, daß die Unruhen und Plünderungen vom Pöbel niedrigerer Sorte verübt wurden, mit dem die Stettiner Arbeiterklasse keine Gemeinschaft habe. Die Stettiner Arbeiterklasse habe diesem Treiben geschlossen ablehnend gegenüber.

Griechen in Smyrna.

Neuter meldet aus Athen: Die Griechen besetzen Smyrna.

In dem amtlichen, von Havas verbreiteten Bericht über die Beratungen in Paris wird zur Besetzung Smyrnas erklärt: Bezüglich der Truppenlandungen in Smyrna muß darauf hingewiesen werden, daß diese Maßnahmen ergreifen worden waren, um die Ordnung zu sichern. Die Operation bestimmt endgültig das Schicksal Smyrnas nicht.

